Entsetzen auch in der Szene

Der Mord an Pim Fortuyn löst ein politisches Erdbeben in den Niederlanden aus

Von Torsten Bless

Den Haag Gelähmtes Entsetzen in den Niederlanden: Am 6. Mai fiel der rechtspopulistische, offen schwul lebende Politiker Pim Fortuyn in Hilversum den Schüssen des 32-jährigen radikalen Tierschützers Volkert van der G. zum Opfer.

„Dies ist ein verträgliches Land, natürlich mit politischen Gegensätzen, aber mit Respekt füreinander, hier bekämpfen wir einander mit Worten, nicht mit Kugeln", sagte ein sichtlich erschütterter Ministerpräsident Wim Kok im niederländischen Fernsehen. Zehntausende von Menschen gaben Fortuyn am 10. Mai in seiner Heimatstadt Rotterdam das letzte Geleit.

Für die in der niederländischen Geschichte beispiellose Gewalttat machten die WählerInnen am 15. Mai die amtierende Regierung aus Sozialdemokrat Innen, Rechts- und Linksliberalen persönlich haftbar. Die Lijst Pim Fortuyn wurde aus dem Stand heraus mit 26 Sitzen zur zweitstärksten Kraft in der Zweiten Kammer, hinter den triumpfierenden WahlsiegerInnen vom Christlich-Demokratischen Appell (CDA) mit ihren 43 Sitzen. Koks sozialdemokratische Partei der Arbeit (PvDA) wurde nahezu halbiert und rutschte mit 23 Sitzen auf den vierten Platz in der Polit-Landschaft.

„Der Mord an Pim Fortuyn ist ein unvorstellbarer Schock, der sich nicht in Worte fassen lässt", so der Vorsitzende des niederländischen Lesben- und Schwulenverbands COC, Henk Beerten, und Henk Krol, Chefredakteur der landesweit erscheinenden Zeitschrift „Gay Krant", in einer gemeinsamen Stellungnahme. Das Ereignis rufe „Entsetzen" hervor „wie am 11. September vorigen Jahres", nach den Terror-Anschlägen in den USA.



Foto: Gay Krant

▲ „Ich bin ein Hitzkopf, was ist falsch daran?", bekannte Pim Fortuyn kurz vor seinem Tod in der „Gay Krant"

„Die Meinung über die politischen Auffassungen von Pim Fortuyn gehen weit auseinander", so Beerten und Krol, doch „nichts rechtfertigt diese schreckliche Tat." Die Tatsache, „dass Fortuyn als offen lebender Homosexueller nicht nur in Homokreisen viele Anhänger hatte, zeigt, dass Homosexualität an sich kein Hindernis mehr ist, um in der Politik erfolgreich zu sein".

Der 54-jährige ehemalige Universitätsprofessor und ehemalige Sozialdemokrat liebte ein exzentrisches Auftreten und das offene Wort. Mit seiner Kritik am Stillstand im Land unter Wim Kok traf er einen Nerv. In seinem Wahlprogramm zog er gegen „Arbeitsscheue" und Junkies zu Felde. Für AsylbeweberInnen wollte er die Grenzen am liebsten ganz dicht machen. „Die Niederlande sind voll!", sagte er in einem Aufsehen erregenden Interview mit der Tageszeitung „De Volkskrant". An selber Stelle nannte er den Islam eine „rückständige Kultur", die ihn als Schwulen ganz direkt bedrohe, und forderte die Abschaffung des ersten Verfassungsartikels. „Die Freiheit der Meinungsäußerung ist in meinen Augen wichtiger als das Recht auf Nichtdiskriminierung", meinte Fortuyn in einem ausführlichen Interview mit der „Gay Krant" zwei Wochen vor seiner Ermordung. KritikerInnen aus Parteien und Medien rückten ihn in die Nähe eines Jörg Haider oder Jean-Marie Le Pen, er selbst sah sich geistesverwandt mit Edmund Stoiber.

Auch zu wichtigen Fragen der Homo-Politik fielen seine Positionen alles andere als stromlinienförmig aus. So erteilte er Lesben und Schwulen mit Kinderwunsch eine klare Absage: „Kinder haben ein Recht auf eine Familie mit einem Vater und einer Mutter. Ich finde, dass man keine Kinder innerhalb einer schwulen oder lesbischen Beziehung in die Welt setzen sollte", so Fortuyn im Interview. Die weltweit einmalige Einführung der bürgerlichen Ehe für gleichgeschlechtliche Paare, eine der Haupt-Errungenschaften der Regierung Kok, konnte ihm ebenfalls keine große Begeisterung entlocken. „Ich habe nie begriffen, warum die Heteros diese Bastion aufgegeben haben."

Welche Regierung jetzt auch immer zustande kommen möge, die Gefahr eines Rückschlags für die Homo-Emanzipation sieht Prof. Dr. Rob Tielman nicht. Auch nach diesem politischen Erdbeben sei „keine Koalition ohne Parteien möglich, bei denen offen lesbische oder schwule KandidatInnen aktiv sind", schreibt der Dozent für Homostudien an der Universität von Utrecht in der „Gay Krant". Die Lijst Pim Fortuyn hatte außer dem Namensgeber keine/n weitere/n VertreterIn aus der Community im KandidatInnenfeld, doch bei den siegreichen ChristdemokratInnen zogen eine lesbische und gleich drei schwule Abgeordnete ins Parlament ein. Der mutmaßliche neue Ministerpräsident Jan-Peter Balkenende hat bereits angekündigt, trotz früherer Ablehnung an der bürgerlichen Ehe für Homos festzuhalten.

Derweil will ein flämischer Geschäftsmann mit seinem niederländischen Lebenspartner einen alljährlichen Pim-Fortuyn-Preis ausloben. 2.500 Euro sollen künftig an Persönlichkeiten gehen, die „sich im Geiste Pim Fortuyns für friedliches Zusammenleben, Toleranz und Integration von Lesben, Schwulen, In- und AusländerInnen" einsetzen...

▶ News

Joschka Fischer beim Europride

Außenminister Joschka Fischer (Bündnis 90/Die Grünen) wird am 7. Juli im Anschluss an die große Europride-Parade die politische Hauptrede während des Straßenfestes auf dem Kölner Heumarkt halten. Knut Dannat und Markus Danuser vom veranstaltenden Kölner Lesben- und Schwulentag e.V. begrüßten diese Entscheidung: „Wir freuen uns insbesondere, dass der europäische und auch internationale Bezug des Europride durch die Anwesenheit des Bundesaußenministers unterstrichen wird." Eine Teilnahme von Fischer an der Parade ist aus Sicherheitsgründen nicht vorgesehen. Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) wird bereits Mitte Juni die Europride-Feiern offiziell eröffnen. (cs)



Foto: QUEER AG

Grüne Lesbe will in den Bundestag

Die offen lesbisch lebende Birgit Bender soll für Bündnis90/Die Grünen in den Bundestag einziehen. Die Südwestgrünen setzten die 46-jährige Juristin Mitte April auf der Landesdelegiertenkonferenz in Freiburg auf den aussichtsreichen vierten Listenplatz. Bender, die bereits für die Grünen im Landtag als Fraktionsvorsitzende und Vizepräsidentin gewirkt hat, will sich in den Bereichen Sozial- und Gesundheitspolitik sowie BürgerInnenrechte engagieren. In ihrer Wahlrede warf sie „Edmund Stoiber und seinen Mannen" ein doppeltes Spiel im Hinblick auf Homosexuelle und AusländerInnen vor. (dp)

Verurteilung wegen Volksverhetzung

Der ehemalige SPD-Fraktionschef der Stadt Brandenburg, Dieter Höpfer, ist wegen Volksverhetzung zu sechs Monaten Freiheitsstrafe auf Bewährung und zu einer Geldbuße von 2.000 Euro verurteilt worden. Der Politiker, der jetzt Stadtverordneter der Freien Wähler ist, hatte auf einem Gartenfest im vergangenen Sommer Zustimmung geäußert zur Praxis der Nationalsozialisten, Homosexuelle zu vergasen, und nahm damit Bezug auf Berlins Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD). Dieser hatte nach Bekanntwerden der Äußerung Anzeige erstattet. (cs)

Schwusos zufrieden mit Arbeit ihrer Partei

Die Schwulen und Lesben in der SPD (Schwusos) haben sich positiv zur bisherigen Regierungspolitik geäußert. „Gerade das Gesetz zur gleichgeschlechtlichen LebenspartnerInnenschaft ist als erster Schritt zur Normalisierung lesbischen und schwulen Lebens ansehen", sagte Schwuso-Vorsitzender Jens Eichenauer. Die Arbeit habe aber erst angefangen. „Neben dem Recht auf Adoption und auch auf Anerkennung von Homosexualität als Asylgrund bei staatlicher und nichtstaatlicher Verfolgung wird ein wichtiger Punkt jetzt im Regierungsprogramm genannt: die Abschaffung des Ehegattensplittings und Verlagerung der entsprechenden steuerlich erwirtschafteten Mittel dahin, wo Kinder sind und/oder Pflege geleistet wird." (cs)